



Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Er scheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Reihe 20 Pf.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungsliste S. 98 „Eiche“, Die
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

des **Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner)**
und verwandten Berufsgenossen
(Hirsch-Dunker).

Nr. 30.

Berlin, den 28. Juli 1905.

XVI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an **G. Gahner, Greifswalderstr. 221/223**
Fernsprech-Amt VII, 4720. Geldsendungen an **W. Fielke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.** Fernsprech-Amt VII, 4720.

An die Verbandsgenossen und -Genossinnen aller Berufe und Gauen!

Die Vertreter des Zentralraths haben am Sarge des verstorbenen Anwalts und Begründers unserer Organisation in feierlicher Weise bekundet, daß die Grundsätze, auf welchen die Deutschen Gewerksvereine beruhen, unverändert dieselben bleiben sollen, wie sie der nun ausruhende Meister lehrte und bethätigte. Das bekunden wir heute von Neuem und rufen alle unsere Verbandsgenossen und -Genossinnen auf, mit verstärkter Energie zu helfen, daß jene Grundsätze zum Heile der deutschen Arbeiterschaft und des ganzen Volkes und Vaterlandes verwirklicht werden.

Darum muß sofort in allen Ortsvereinen eine kraftvolle Agitation begonnen werden. Die deutsche Arbeiterschaft muß immer wirksamer darüber aufgeklärt werden, daß ihre dauernde geistige und wirthschaftliche Emporhebung im wesentlichen mit abhängig ist von der eifrigen Mitarbeit in einer partei- und kirchenpolitisch unabhängigen Berufsorganisation. Wer dies endlich begreift, wird in unsere Reihen eintreten und ein Mitkämpfer werden für die praktischen Bestrebungen und idealen Ziele der Deutschen Gewerksvereine und ihres Verbandes.

Die Deutschen Gewerksvereiner wissen, daß sie mit einer energischen Agitation für die Ausbreitung und Festigung ihrer Organisation ebenso sehr dem Interesse der gerechten Arbeitersache dienen, wie sie damit auch eine Dankeschuld abtragen an dem verbliebenen Begründer und Führer unseres Bundes. 120 000 deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen aus Industrie und Landwirthschaft, Handel und Gewerbe sind in diesem Bunde zu gemeinsamen, zielklaren Bestrebungen vereinigt.

In unserem Verbands der Deutschen Gewerksvereine soll seinem Begründer ein immerwährendes, an Glanz und Eindruck wachsendes, lebendiges Denkmal errichtet bleiben.

Verbandsgenossen und -Genossinnen, vereinigt Euch mit den Generalrathen und Hauptvorständen und der Verbandsleitung zu dem einhelligen Schwur, dem Werke unseres großen Todten in deutscher Treue bis zum letzten Athemzuge zu dienen, wie unser Verbandsanwalt es selbst gethan.

Rasten wollen wir nicht einen Augenblick! Mit erneuten und verdoppelten Kräften muß von allen Gewerksvereinern für die Sache der deutschen Arbeiter und den Ruhm ihrer Arbeit gewirkt, gestritten und, wo es noth thut, auch gekämpft werden. Wohlauf und wohl an, stehe Jeder seinen Mann in Erfüllung dieser heiligen Pflicht!

Berlin, 20. Juli 1905.

Mit Gewerksvereinsgruß

Der Zentralrath der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).

Arbeitsdifferenzen bestehen in folgenden Orten:

- Breslau.** Streit und Aussperrung.
- Bromberg.** Differenzen in allen Betrieben.
- Cottbus.** Differenzen bei den Holzspanstoffmachern.
- Danzig.** Streit und Aussperrung bei der Firma Körner-Langfuhr.
- Düsseldorf.** Aussperrung in allen Betrieben.
- Finsterwalde.** Streit und Aussperrung bei der Finsterwalder Tischfabrik, Firma Winkler.
- Gelsenkirchen u. Umgegend.** Streit und Differenzen bei Stellmachern und Tischlern.
- Pr.-Stargard.** Sperre über die Firma P. Münchau.

Reise- oder Wandergeld nach vorgenannten Orten darf von unseren Kassirern nicht gezahlt werden. Sobald nicht allwöchentlich der Redaktion ein Bericht über den Stand der Differenzen zugeht, werden diese nicht mehr veröffentlicht.

Nochmals der Streik der Modelltischler in Berlin.

Unsere Besprechung des Streiks der Modell- und Fabrik-tischler in Berlin in Nummer 28 der „Eiche“ scheint bei den Kollegen vom Deutschen Holzarbeiter-Verband keine sehr freundliche Aufnahme gefunden zu haben, und liegt der Grund hierzu wohl hauptsächlich daran, daß an der bitteren Wahrheit alles des von uns Gesagten nicht gerüttelt werden kann. Auch folgendes uns von der Streikleitung i. A. Köppen zugesandte Schreiben bestätigt im Großen und Ganzen die Richtigkeit unserer Auffassung über den Beginn und den Verlauf des ganzen Streiks. Kollege Köppen schreibt:

In der am 14. Juli erscheinenden „Eiche“ erheben Sie schwere Vorwürfe gegen die Streikleitung des verloren gegangenen Modelltischlerstreiks. Wir sehen uns veranlaßt Ihnen hierauf zu erklären, daß alle von Ihnen kritisierten und uns zum Vorwurf gemachten Vorgänge im Einverständnis der Kollegen vom Gewerksverein geschehen sind. Bei den Vorbereitungen zum Streit haben wir mit den Kollegen vom Gewerksverein Hand in Hand gearbeitet. Der Gewerksverein konnte soviel Mitglieder zur Streikkommission stellen, wie er wollte. An allen Sitzungen der Streikkommission, an allen Versammlungen, ja sogar an den Sitzungen der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes nahmen die Kollegen vom Gewerksverein teil. Ueber alle Schritte, die zu unternehmen waren, haben wir uns vorher verständigt. Wir sind niemals in Meinungsverschiedenheiten geraten. Es ist nicht vorgekommen, daß die Kollegen vom Gewerksverein einmal einen Antrag gestellt hätten, den die Verbandsmitglieder ablehnten. Alle gegen die Streikleitung erhobenen Vorwürfe treffen dann selbstverständlich auch die Mitglieder des Gewerksvereins.

Der Streikleitung wird unter Anderem vorgeworfen, sie habe die 107 Kollegen von Siemens-Schudert nicht mit in den Streit hineingezogen. Etwas Derartiges ist von den Kollegen vom Gewerksverein niemals beantragt worden und zwar deshalb nicht, weil diese Kollegen mit dem Modelltischlerstreik gar nichts zu thun haben. Die Kollegen dieser Fabrik machen keine Modelltischlerarbeiten sondern Telephonarbeiten. Auch besteht in diesem Betrieb eine kürzere Arbeitszeit wie sie die Modelltischler fordern. Die übrigen Forderungen der Modelltischler kommen für diese Firma garnicht in Betracht. Wenn aber eingewendet wird, sie hätten Streikarbeit machen können, so bestand dieser Verdacht auch bei allen übrigen Tischlern Berlins, und hätte der Brieffschreiber an die „Eiche“ auch verlangen können, alle 20 000 Tischler Berlins herauszuziehen, damit keine Streikarbeit gemacht wird.

Die Streikkommission, i. A. Köppen.

Unserm Versprechen gemäß haben wir beide uns in dieser Angelegenheit zugegangenen „Berichtigungen“, also auch die des 2. Bevollmächtigten des Holzarbeiter-Verbandes, Kollegen Leopold, welche unsere Leser schon in der vorwöchentlichen „Eiche“ gefunden haben, unserm Gewährsmann zur Rückäußerung überlassen. Derselbe theilt uns zu der Angelegenheit der Anfertigung von Streikarbeit in den Grusonwerken noch Folgendes mit: Zunächst wird Kollege Leopold nicht leugnen können, daß ihm bekannt war, daß schon in der Woche, hauptsächlich aber am Freitag resp. Sonnabend vor dem 1. Mai, von den Kollegen der Firma Gruson in Magdeburg briefliche und telegraphische Anfragen wegen der Arbeit von Vorfis bei der Streikleitung in Berlin eingegangen waren. Diese Anfragen wurden auch sofort beantwortet. Nachdem aber in Magdeburg die Arbeit wieder aufgenommen war, ist von einem Streikleiter des Holzarbeiter-Verbandes in Zimmer Nr. 8 des Gewerkschaftshauses vor unseren Zeugen gesagt worden: Der Kollege Leopold hätte uns erst wegen der Vorfis'schen Arbeit, die von Schleffen nach Magdeburg gesandt war, fragen müssen, wenn er damit nicht Bescheid wußte, statt dessen hat er aber den Magdeburgern die Ordre zukommen lassen, bei Vorfis in Schleffen werde nicht gestreikt, folglich sei die Arbeit anzufertigen. Auf die Frage eines unserer Mitglieder, welche bei dieser Gelegenheit zugegen waren, wie ein derartiges, selbstständiges Vorgehen Leopolds möglich sei, erklärte der Streikleiter des Verbandes, wir waren an dem Tage nicht hier, da konnte uns Leopold nicht fragen, also muß hiernach die Antwort am 1. Mai

nach Magdeburg gegangen sein. Wenn also Kollege Leopold, wie er in seiner Berichtigung erklärt, die Ordre nicht gegeben hat, so bliebe nur übrig, daß der betreffende Streikleiter eine äußerst unbedachte Äußerung gemacht hat. Diese ist aber, wie wir durch Befragen feststellten, von mehreren unserer Kollegen, welche zur Zeit am Engelufer anwesend waren, gehört worden. An der Glaubwürdigkeit unserer Kollegen zu zweifeln liegt durchaus kein Grund vor.

Unsere Auffassung, daß die „Berichtigung“ des Obmanns der Modelltischlerbranche des Holzarbeiter-Verbandes Berlins durchaus nichts berichtigt, im Gegenteil nur eine Bestätigung des von uns Gesagten bedeutet, theilt auch unser Gewährsmann, welcher in Folgendem seine bisherigen Mittheilungen ergänzt. Als z. B. der 1. Bevollmächtigte, Kollege Glöde, in der Verwaltungssitzung vom 18. Juni (also am Ende des Streiks) an welcher auch die beiderseitigen Vertrauensmänner theilnahmen, erklärte: „Kollegen, mit dem Tage an welchem Sie in den Streik getreten, war derselbe auch schon verloren,“ da mußte doch auch bei den Streikleitern vom Deutschen Holzarbeiter-Verband der Gedanke aufdämmern, es müssen unsererseits doch wohl Fehler gemacht sein. Kollege Köppen versucht für die vom Verband gemachten Fehler die Gewerksvereiner als Mitschuldige heranzuziehen und stellt fest, daß dieselben z. B. im Fall Siemens-Schudert-Nonnendamm garnicht beantragt hätten, die dort arbeitenden Tischler herauszuziehen. Ja, in aller Welt, wie sollten denn die Gewerksvereiner dazu kommen. Riemlich $\frac{3}{4}$ der dort Beschäftigten gehören dem Deutschen Holzarbeiter-Verband an, $\frac{1}{4}$ ist unorganisiert, also war auch nur die Streikleitung des Holzarbeiter-Verbandes dazu berufen, diesen Kollegen Solidarität beizubringen. Daß dieselbe aber niemals diese Absicht gehabt hat, bestätigt Kollege Köppen, indem er jetzt noch erklärt, die betreffenden Kollegen machen keine Modell- sondern Telephonarbeit, und die Forderungen der Streikenden kämen für diese Firma garnicht in Betracht. Nun, wir sind darüber anders unterrichtet worden. Es arbeiten dort ebenfalls Modell- und Fabrik-tischler, und in Betreff Werkstattverhältnisse herrscht dort alles andere, nur keine idealen Zustände. In einer von einem Streikleiter des Holzarbeiter-Verbandes resp. auf dessen Veranlassung einberufenen Werkstattversammlung, welcher auch einige unserer streikenden Kollegen beiwohnten, wurde festgestellt, daß dort fortlaufend Ueberstunden gemacht werden, in kurzer Zeit 5 Vertrauensmänner hintereinander gemahregelt worden sind und Arbeiten für den bestreikten Betrieb Siemens-Schudert, Franklinstraße, angefertigt wurden. Ja es sind noch während des Streiks einige Kollegen, auch Modelltischler, dort eingestellt worden und trotzdem Ueberstunden gemacht und am Himmelfahrtstage gearbeitet worden. Nun aber die Frage der Branchenzugehörigkeit. Auf diese haben sich die Kollegen erst besonnen als sie sich durch öftere Einberufung von Werkstattversammlungen belästigt fühlten, und ihr unkollegiales Verhalten kritisiert wurde. Erst dann erklärten dieselben, wir treten zur Branche der Telephonarbeiter über resp. wir gehören schon dazu. In den verschiedenen Streikversammlungen ist oft genug von den Streikenden, namentlich den Kollegen von Siemens-Schudert, Franklinstraße, gefragt worden: „Was geschieht jetzt mit den 76 Streikbrechern vom Nonnendamm? Werden dieselben aus dem Verbands ausgeschlossen?“ Damals hieß es von oben herab: „Ja was soll man mit der Gesellschaft machen, die ist für nichts zu haben.“ Wie man aber solche Leute jetzt noch in Schutz nehmen und dieselben den gesammten Tischlern an die Seite stellen kann, dafür fehlt uns natürlich das Verständniß.

Wir glauben ja recht gern, daß man jetzt die Gewerksvereiner für die blamable Niederlage verantwortlich machen möchte, und aus diesem Grunde fragt Kollege Köppen wohl auch, warum die Gewerksvereiner nicht mehr Vertreter in die Kommission geschickt haben u. s. w. Nach dem Verhältnis, in welchem der Gewerksverein an der Bewegung theilhaftig war, gehörte dies ja zu den Unmöglichkeiten, und wenn dies wirklich geschehen wäre, so hätten die Gewerksvereiner doch immer noch kein Recht gehabt, die Mitglieder des Verbandes zur Erfüllung ihrer solidarischen Pflichten zu zwingen. Das war Sache der Verbandsvertreter. Daß unsere Mitglieder zu den vielen Missethätigen so lange geschwiegen, haben wir schon in unserm vorigen Artikel auf das Entschiedenste verurtheilt und unsere Mitglieder in dieser Hinsicht nicht in Schutz genommen. Auch heut sprechen wir die Hoffnung aus, daß dieselben aus der gemachten Erfahrung eine heilsame Lehre für die Zukunft ziehen werden. G.

Der Centralrath der Deutschen Gewerksvereine befaßte sich in seiner vorletzten Sitzung eingehend mit der Fleischbertheuerung und dem Vorgehen der Arbeitgeberverbände gegen die Arbeiter betreff des Koalitionsrechtes.

Nachstehende Resolutionen fanden einstimmige Annahme:

„Der Centralrath der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.) richtet an den hohen Bundesrath das dringende Ersuchen, daß Kontingent für die Schweineeinfuhr derart zu erhöhen, daß der Fleischbedarf für die minderbemittelte Bevölkerung hinreichend gedeckt werden kann. Gegenwärtig hat die arbeitende Bevölkerung unter der überaus großen Fleischtheuerung wieder schwer zu leiden.“

„Der Centralrath der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.) richtet an den hohen Bundesrath das dringende Ersuchen, dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt einen Gesekentwurf

vorzulegen, betreffend die Sicherung des Koalitionsrechtes. In Fabriken, gewerblichen und kaufmännischen Betrieben werden vielfach Arbeiter und Angestellte wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Berufsorganisation entlassen. Dadurch wird das auch den Arbeitern gesetzlich gewährleistete Recht der Organisation wieder genommen. Wie aber der Herr Reichskanzler bei Beratung der Berggesetznovelle feierlich anerkannt hat, bedingt der Zusammenschluß des Kapitals auch ein unverkürztes Recht der Arbeiter, in Berufsorganisationen ihre Rechte wahrzunehmen und ihr geistiges und wirtschaftliches Wohl zu fördern."

Bezirkstag des VIII. Agitationsbezirks.

Abgehalten zu Görlitz am 25. Juli in Stadt „Pilsen“, Obermarkt 23.

Der Vorsitzende des Ortsvereins der Tischler und verwandten Berufsgenossen zu Görlitz, Kollege **Kleine**, eröffnet den Bezirkstag um 1/2 11 Uhr Vormittags.

Es sind anwesend 14 Delegierte, welche 11 Ortsvereine mit ca. 600 Mitgliedern vertreten. Die Vereine, welche Vertreter entsandt hatten, sind folgende: Görlitz, Langenöls, Dresden, Radeberg, Dautzen, Böbau, Liebau, Girschberg, Zittau, Warmbrunn und Finsterwalde. Die andern 6 dem VIII. Bezirk noch zugehörigen Vereine, halten die Nichtsendung persönlicher Vertretung schriftlich motiviert und erklärt, die Ergebnisse der Verhandlungen und die zu fassenden Beschlüsse auch zu den übrigen zu machen. Erschienen sind die Agitationsleiter Kollege **Kenner**-Langenöls (VIII. Bezirk) und Kollege **Sebel**-Breslau (VI. Bezirk). Mehrere Mitglieder des Ortsvereins Görlitz wohnen den Verhandlungen als Gäste bei.

Die vom Vorsitzenden Kollegen **Kleine** bekannt gegebene Tagesordnung lautet: 1. Bureauwahl, 2. Mandatsprüfung, 3. Vortrag des Genossen **Kenner** über das Thema: „Der Zweck des heutigen Bezirkstages“, 4. Bericht über die örtlichen Verhältnisse, 5. Stellungnahme zu den Extrabeiträgen, 6. Verschiedenes. Kollege **Kleine** begrüßt die erschienenen Delegierten und erteilt zunächst dem Kollegen **Kenner** als Agitationsleiter das Wort, welcher allen Delegierten und ihren Ortsvereinen seinen Dank für die Beschickung des Bezirkstages ausspricht. Kollege **Sebel**, Agitationsleiter des VI. Bezirks, wünscht dem Bezirkstage einen guten Verlauf und giebt dem Wunsche Ausdruck, daß die heutigen Verhandlungen nutzbringend für unseren Gewerksverein sein mögen. Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten und dem Antrage des Kollegen **Rupprecht**-Langenöls, den Ausschuß des Ortsvereins Görlitz als Bureau gelten zu lassen, zugestimmt.

Die Mandatsprüfung wird den Beisitzern, Kollegen **König** und **Wirs** übertragen. Die Mandate wurden für richtig befunden.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung erhält Kollege **Kenner** das Wort zu seinem Vortrage „Der Zweck des heutigen Bezirkstages“. Derselbe beleuchtet zunächst die Verhandlungen und Beschlüsse der vorjährigen Generalversammlung zu Düsseldorf und führt aus, daß unsere Mitglieder vor der Generalversammlung nicht in der erforderlichen Art und Weise über die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge aufgeklärt waren. Derselbe ist notwendig um bei den fortwährenden Lohnkämpfen stets gesichert zu sein und unserer Agitation mehr Nachdruck zu geben. Hierzu gehört in erster Reihe die Anstellung besoldeter Agitationsleiter. Schon auf der Düsseldorfer Generalversammlung wünschten die süd- und westdeutschen Kollegen noch höhere Beiträge als die jetzigen, um damals schon besoldete Agitationsleiter zu bekommen. Diesem konnten jedoch die Vertreter des östlichen und nördlichen Deutschland nicht zustimmen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse der östlichen Provinzen nicht derartige sind, daß die Mitglieder ebensohohe Opfer bringen können, als dies in Süd- und Westdeutschland möglich ist. Aus diesem Grunde forderten die Vertreter dieser Provinzen vorläufig unbesoldete Agitationsleiter und ging dieser Antrag auch durch. Diese Einrichtung kann jedoch, wie schon gesagt, nur ein Uebergangsstadium sein und müssen die Kollegen allerorts mit aller Energie dahin streben, daß sich die einzelnen Bezirke eigene besoldete Agitationsleiter schaffen, wie solche die Gewerkschaften schon seit Jahren besitzen. Sind dieselben doch bei allen sich ernstest gestaltenden Lohnbewegungen diejenigen, welche ohne Rücksicht auf ihre Existenz die Sache der Arbeiter vertreten können, wie sich dies z. B. beim Radeberger Streik gezeigt habe. Kollege **Kenner** zeigt, wie sich die einzelnen Bezirke laut Beschluß der Düsseldorfer Generalversammlung besoldete Agitationsleiter schaffen können und kommt auch auf die Extrabeiträge zu sprechen, die er im allgemeinen moniert, bei dieser Gelegenheit die Erwartung aussprechend, daß der Generalrat in Zukunft die Extrabeiträge, wenn die Erhebung solcher nochmals notwendig werden sollte, nicht mehr in der bisherigen Weise erheben wird. Hierauf schildert **Kenner** die Art und Weise unserer Agitation und führte aus, daß hierin ein gründlicher Aufschwung erfolgen muß, wenn wir vorwärts kommen wollen. Gerade die vorjährige Generalversammlung hat den einzelnen Ortsvereinen verschiedene Hinweise in dieser Richtung gegeben, so z. B. die Erhebung von Statistiken über die soziale Lage unserer Berufskollegen, die Einsendung von mehr die beruflichen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffenden Artikeln für die „Eiche“ und vor allem die obligatorische Einführung des Vertrauensmänner-systems, welches den Mitgliedern mehr Schulung in unseren Bestrebungen geben soll. Weiter berührt Kollege **Kenner** die an manchen Orten übliche Theilung unserer Ortsvereine und ist der An-

sicht, daß dies in den meisten Orten nur schadhast für unsere Organisation sei. Auch den Ebersfelder Antrag behufs Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung erörtert selbiger und weist an Beispielen nach, daß dieser Antrag in den meisten Punkten verfehlt sei. Am Schlusse seiner Ausführungen erstattet Kollege **Kenner** die Zusammenstellung der Resultate der von ihm im Februar d. J. ausgegebenen statistischen Fragebogen. Ehe in die Diskussion über den Vortrag eingetreten wird stellt Kollege **Gerber**-Görlitz den Antrag die Redezeit auf höchstens 1/4 Stunde festzusetzen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Als erster Diskussionsredner ergreift Kollege **Kubers**-Dresden das Wort. Selbiger erkennt die Notwendigkeit der Anstellung besoldeter Agitationsleiter voll und ganz an und führte aus, daß dieses schon in Düsseldorf hätte beschlossen werden müssen. Um dieses zu ermöglichen gehören aber bedeutend mehr Gelder in unsere Kassen, da aber nicht alle Gegenden gleichmäßig in der Lage sind höhere Beiträge hintereinander zu geben, so müsse vor allen Dingen das System der stufenmäßigen Beiträge eingeführt werden. Auch dieses war auf der letzten Düsseldorfer Generalversammlung von verschiedenen Ortsvereinen beantragt worden jedoch leider nicht zur Verhandlung gekommen. Weiter führte Kollege **Kubers** aus, daß die Zentralisation der in einem Orte bestehenden Vereine nach Lage der Umstände nicht immer angängig und zweckmäßig sei. Kollege **Gerber**-Görlitz tritt ebenfalls für die Anstellung besoldeter Agitationsleiter ein, da nur solche in der Lage sind wirkliche Agitation zu betreiben und die Interessen der Mitglieder im Ernstfalle zu vertreten. Die jetzt bestehende Einrichtung der unbesoldeten Agitationsleiter steht **Kubers** nur als ein Bruchstück an, welches sich auf die Dauer nicht halten kann. Weiter unterzieht **Kubers** die Art und Weise der Erhebung der letzten fünf Extrabeiträge einer scharfen Kritik und kommt sodann auf den Ebersfelder Antrag zu sprechen.

Kollege **Scholz**-Girschberg spricht sich im Allgemeinen für den Vortrag von Kollege **Kenner** aus, tritt besonders für die Einführung der stufenmäßigen Beiträge ein und bedauert gleichzeitig, daß diesem Antrage nicht schon auf der Düsseldorfer Generalversammlung stattgegeben worden ist.

Kollege **Rothe**-Radeberg wendet sich ebenfalls gegen die Extrabeiträge und verweist auf den Holzarbeiterverband, welcher dies schon an manchen Orten zur Gegenagitation benutzt hat. Nachdem noch ein kurzer Meinungsaustausch zwischen Kollegen **Rothe** und **Kubers** stattgefunden, betreffs der Zusammenlegung der Dresdener Vereine erfolgt sodann um 1/4 Uhr eine 15minütige Mittagspause.

Nach Verlauf derselben eröffnet Kollege **Kleine** die Verhandlungen um 2/4 Uhr und wird die Diskussion fortgesetzt. Kollege **Rupprecht**-Langenöls wendet sich gegen den Ebersfelder Antrag. Die Kollegen **Döde**-Böbau und **Pandke**-Warmbrunn treten gleichfalls für die Einführung der stufenmäßigen Beiträge ein. Kollege **Dübel**-Dautzen spricht sich im Namen seines Ortsvereins gegen die Anstellung besoldeter Agitationsleiter aus. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In seinem Schlusswort weist Kollege **Kenner** die verschiedenen Angriffe auf die Delegierten der vorjährigen Generalversammlung zurück und beleuchtet sodann die Schattenseiten des Staffeltarifs der Beiträge sowie die Art und Weise der Erhebung der jetzigen Extrabeiträge. Kollege **Kleine** giebt folgende schriftlich gestellte Anträge bekannt:

Beauftragte die Delegierten mögen in ihren Ortsvereinen und eventuell beim Generalrat dahin wirken, daß die stufenmäßigen Beiträge zur Einführung gelangen. **Gerber**-Görlitz.

Beauftragte die Bezirkskonferenz möge darüber abstimmen ob die Anstellung besoldeter Agitationsleiter notwendig ist.

Rothe-Radeberg.
Beauftragte, daß sämtliche gehässige und persönliche Artikel in der Eiche, welche von den einzelnen Ortsvereinen gegeneinander geführt werden, in Zukunft aufhören müssen. **Freibig**-Radeberg.

Diese drei Anträge werden einstimmig angenommen, nachdem noch zum letzten Antrag auf die bestehende Prekominmission hingewiesen wird.

Zum Bericht über die örtlichen Verhältnisse gaben sämtliche Delegierten die Verhältnisse ihrer Ortsvereine bekannt und erfolgte zu den einzelnen Berichten eine theilweise rege Diskussion.

Da die Stellungnahme zu den Extrabeiträgen bereits in der Diskussion der vorherigen Punkte genügend berathen, erfolgt eine kurze Diskussion in welcher sodann Kollege **Kenner** folgenden Antrag stellt:

Trotz unseres Antrages, die stufenmäßige Beitragszahlung einzuführen, kann es durch die immerwährenden Lohnbewegungen und Streiks vorkommen, daß Extrabeiträge erhoben werden müssen. Die Bezirkskonferenz stellt den Antrag, daß diese Beiträge nur wenn äußerst notwendig und für die niedrigste Klasse nicht über 10 Pfennig pro Woche für die anderen Klassen prozentual erhoben werden. Weiter sind die Beiträge nur 5 Wochen hintereinander und für die niedrigste Stufe nicht über 1 Mark pro Jahr zu erheben. Dasselbe gilt auch für die Erhebung der Extrabeiträge wenn die stufenmäßige Beitragszahlung nicht zur Durchführung gelangt.

Die Form der jetzigen Erhebung der Extrabeiträge wirkt abstoßend und zurückschreckend für unsere Mitglieder.

Kenner, Agitationsleiter.
Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Im Geschäftlichen kommt Kollege **Rothe** auf den Weiskensfelder Streik zu sprechen und führte aus, daß über diesen in unseren Gewerksvereinszeitungen verhältnismäßig zu wenig geschrieben worden

sei. Hierzu entwickelt sich sodann eine kurze Debatte. Nachdem noch über einige allgemeine Angelegenheiten debattiert wurde schließt sodann Kollege Kleine den Bezirkstag um 7 Uhr Abends; nachdem er zuvor nochmals allen Delegierten für die erstatteten Berichte den Dank ausgesprochen und an dieselben das Ersuchen gerichtet hatte ein Jeder möge in seinem Ortsverein dahin wirken, daß die gefassten Beschlüsse auch zur Durchführung gelangen.

K. Kleine, Vorsitzender. D. Förster, Schriftführer.

Invalidenversicherungsgesetz und Lungenheilstätten.

Von Dr. Julian Marcuse (Mannheim).

(Schluß.)

Damit begiebt sich die Heilstätte des vornehmsten Prinzipes der Antituberculosebewegung, der Verhütung stets wiederkehrender Neuerkrankungen, und ihr Nutzwert für die Bekämpfung der Lungenschwindsucht als Volkskrankheit sinkt erheblich. Inwieweit diese Einwürfe begründet sind, mögen die folgenden statistischen Zahlen lehren. Sie rühren aus dem soeben verfloßenen Geschäftsjahr 1904 her und betreffen den Kreis der Versicherten der Ortskrankenkasse Mannheim I. In diesem Jahre wurden insgesamt 242 Heilverfahren beantragt, von denen nur 127 tatsächlich zu Ausführung gelangten, während 115, das sind 90,5%, von der Versicherungsanstalt Baden bezw. in zwei Fällen von der Versicherungsanstalt der Pfalz abgelehnt wurden. Diese 115 Fälle verteilen sich in ihren ursächlichen Momenten auf folgende Kategorien: Wegen mangelhaften Marktens bezw. Aufhebung des Versicherungsverhältnisses wurden abgelehnt 13, wegen disziplinärer Vergehen 8, bei weiteren 9 trat während der Wartzeit bis zur definitiven Einberufung eine so erhebliche Besserung ein, daß vorderhand ein Heilverfahren nicht mehr indiziert war, 4 entzogen sich jedweder Kontrolle bezw. waren infolge Verschlimmerung des Zustandes nicht mehr transportabel. Die Mehrzahl der wegen ungenügender Beitragsleistung Zurückgewiesenen waren Anfangsstadien der Erkrankung und Träger der Infektion für ihre Umgebung, da sie in der weitaus überwiegenden Zahl verheiratet waren. Die wegen sogenannter disziplinärer Vergehen Abgelehnten waren Patienten, die bereits einmal in einer Lungenheilstätte gewesen waren und sich aus äußeren oder inneren Gründen — zum Teil familiäre Veranlassungen — der Behandlung bis zum Schluß entzogen hatten.

Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit Billigkeitsgründe nicht hier von Fall zu Fall hätten ausschlaggebend sein müssen, um eine Wiederholung der Kur einzuleiten, da in sämtlichen Fällen böswillige Momente nicht vorlagen. Der gesammte übrige Teil, nämlich 81, wurden aus Motiven, die mit dem Krankheitsprozeß als solchem zusammenhängen, abgelehnt. 35 davon waren bereits einem Heilverfahren unterzogen worden und der Rückfall genügte, um die Versicherungsanstalt zu einem ablehnenden Bescheid gelangen zu lassen. Denn neben einem Bruchteil wesentlicher Verschlimmerungen und Uebergreifen des Prozesses auf bis dahin intakte Lungenpartien stehen eine Reihe von Kranken, bei denen nur eine Wiederholung des lokalisierten Krankheitsstadiums zu konstatieren war. Die Nichtüberweisung in die Heilstätte ist für diese Kategorie wohl allein aus gewissen fiskalischen Erwägungen heraus zu erklären, es besteht eben bei den Versicherungsanstalten, da wo nur die Möglichkeit, nicht aber die Wahrscheinlichkeit einer Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit vorliegt, keine Neigung, dazu die Hand zu bieten. Das mag im Interesse der Rentabilität der Heilanstalten diskutabel sein, die Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit kann aber bei diesen Regimen nie gefördert werden, und die Versicherungsanstalten begeben sich ihres Anspruches als Träger der Antituberculosebewegung.

Ihre rigorose Praxis äußert sich aber nicht bloß nach unten, da wo vorgeschrittene Krankheitsstadien bereits einem Heilverfahren Einhalt bieten, sondern auch nach oben, wo der fehlende oder unsichere objektive Befund die tuberkulöse Natur des Leidens nicht völlig einwandfrei erkennen läßt. In dem mir vorliegenden Material registriere ich 23 solcher Fälle, bei denen die von den behandelnden Ärzten konstatierten krankhaften Veränderungen der Lungen als nicht ausreichend zur Einleitung eines Heilverfahrens seitens der Versicherungsanstalt angesehen wurden. Die hieraus entstehenden Folgen involvieren nicht nur die Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit des Einzelindividuum, sondern machen auch die allgemeinen sozialhygienischen Maßnahmen zur Eindämmung der Tuberkulose illusorisch. Und welche Widersprüche sich im konkreten Fall ergeben, dies möge aus folgenden drei Krankengeschichten erhellen: V. Sch., 18 Jahre alt, wird wegen beginnender Tuberkulose vom behandelnden Arzt zur Einleitung eines Heilverfahrens eingegeben, die Beobachtungsstation der Versicherungsanstalt stellt den erhobenen Befund als nicht ausreichend an, lehnt die Uebernahme der Patientin ab und verweist sie in ein Erholungsheim. Dort wird nach mehrmonatlichem Aufenthalt keine Besserung erzielt, der beaufsichtigende Arzt konstatiert ebenfalls Anfangsstadium der Lungenschwindsucht, und jetzt erst entschließt sich die Versicherungsanstalt zur Ueberführung der Patientin in eine Lungenheilanstalt. In zwei weiteren Fällen führte die beihilfigte Ortskrankenkasse nach Ablehnung seitens der Versicherungsanstalt wegen Ausschließlichkeit der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit ein Heilverfahren auf Kosten der Kasse durch und erreichte beide Male einen vollen Erfolg, das heißt wesentliche Besserung des Zustandes und bis zum Augenblicke andauernde Arbeitsfähigkeit.

Aus alledem ist ersichtlich, daß fiskalische Gesichtspunkte in erster und bedeutendster Weise maßgebend sind für die Praxis der Versicherungsanstalten, und daß von diesen Gesichtspunkten auch die von den Anstalten ins Leben gerufenen Beobachtungsstationen wie natürlich geleitet werden. Nur die Frage, inwieweit ein Heilverfahren den Rentenbezug aufschieben bezw. es verhindern kann, daß die Kranken zu invaliden Renteneempfängern werden, ist ausschlaggebend für die Maßnahmen der Versicherungsanstalten. Daher die strenge Betonung der Frühdiagnose, daher die strenge Auslese, sowie die fast ausnahmslose Ablehnung aller derer, die nach relativ kurzer Zeit, nachdem sie entlassen waren, erneut erkranken. Im Rahmen der sozialpolitischen Gesetzgebung mag daher die Heilstätte ihre Aufgabe erfüllen, den großen Prinzipien der Antituberculosebewegung aber dient sie nur in unvollkommenstem Maße. Hier werden, was schon Brauer energisch betont hat, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen sein, die einmal von rein ärztlichen und klinischen Gesichtspunkten ausgehen und die Krankheit als solche zum alleinigen Zielpunkt ihres Vorgehens nehmen und die weiterhin im sozialhygienischen Interesse der Frage nachzugehen suchen, wie die Infektionsgefahr für die Gesunden zu vermindern ist. Diesen Zwecken dienen im Anschluß an die Krankenhäuser und Kliniken zu errichtende Tuberculosestationen und ferner Heimstätten für die Schwerkranken bezw. unheilbare Tuberkulöse. Erst mit ihrer beider Inaugurierung würden Individualhilfe wie Volksschutz — diese beiden Endzwecke einer rationalen Seuchenbekämpfung — im Kampfe gegen die Tuberkulose erreicht werden können. (Soz. Prax.)

Differenzen in der Holzindustrie.

Wie vorauszusehen war, haben sich die Differenzen, welche aus Breslau gemeldet waren, in bedauerlicher Weise verschärft. Wenn es am abgelaufenen Montag, wie es von den Arbeitgebern in Aussicht gestellt wurde, zu einer allgemeinen Aussperrung der Tischler auch noch nicht gekommen ist, so haben doch einzelne Meister schon von dieser Maßregel Gebrauch gemacht. Ihre Ursachen haben die Differenzen in den Forderungen, welche seitens der Maschinenarbeiter gestellt wurden und die in einer Verkürzung der Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ Stunde täglich, sowie einer Lohnerhöhung von $7\frac{1}{2}$ —20% bestehen. Die Arbeitgeber glauben nur eine durchgängige 10stündige Arbeitszeit, sowie eine Lohnzulage von 1 Pf. pro Stunde bewilligen zu können.

In Verfolg eines vor längerer Zeit in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung gefassten Beschlusses (S. Nr. 25 der „Eiche“) gedenken die Tischler Dromberg in eine Lohnbewegung einzutreten. Es ist also notwendig, daß der Bezug nach dort ferngehalten wird.

Wesentliche Änderungen in dem Stand des Streiks resp. der Aussperrung im Betriebe der Firma Körner in Danzig sind bis jetzt nicht zu verzeichnen. Die Firmeninhaber zeigen sich zu keiner Verhandlung bereit und auch die Arbeiter sind nicht gewillt, den Unternehmern ihre Arbeitskraft mit Gewalt aufzudrängen. Doch hoffen unsere dortigen Mitglieder, daß schon die nächsten Tage eine Entscheidung bringen werden.

Eine Lohnbewegung der Drechsler wird uns aus Görlitz gemeldet. Wegen Nichtannahme des Tarifs ist es zum theilweisen Streit und auch Aussperrung gekommen. Auch in der Waggonfabrik und Maschinenbauanstalt ist eine Bewegung zur Erzielung einer 5-prozentigen Lohnerhöhung im Gange, doch ist Aussicht vorhanden, daß auf dem Wege friedlicher Verhandlung Verständigung erreicht wird.

Minimale aber zeitgemäße Forderungen stellen die Kollegen der Möbelfabrik Leonhardt zu Neustadt a. S. Die Aussichten sollen für die Arbeiter recht günstig liegen. Auch in diesem Falle klagen unsere an der Bewegung beteiligten Mitglieder, daß der Holzarbeiter, welcher im Betriebe in der Majorität ist, selbstständig und eigenmächtig vorgegangen ist, ohne die Gewerksvereine zur Berathung hinzuzuziehen. Unser Urtheil über ein derartiges Vorgehen haben wir schon in der Besprechung der Bewegungen in Leipzig und Halle gesprochen.

Den Bemühungen unseres Kollegen Renner-Sangenöls ist es gelungen, die Differenzen, welche im Betriebe der Gräfl. Schaffgotschen Holzindustrie zu Barun vorlagen, durch längere Verhandlungen mit dem Kameraldirektor, welchen auch Kollege Dietrich-Dreslau vom Holzarbeiter-Verband bewohnte, auf friedlichem Wege zu beseitigen. Wenn sich der Herr Kameraldirektor zunächst auch auf keine „Verhandlung“ einlassen wollte, so hatte die gewährte Besprechung doch den Erfolg, daß nach Klarlegung der ganzen Verhältnisse die gerügten Mißstände anerkannt wurden und vom Herrn Direktor auch Abhilfe auf das bestimmteste versprochen wurde. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch bemerken, daß die Behandlung der Arbeiter durch die im Betriebe thätigen Werkführer bisher zu Klagen keine Veranlassung gegeben haben, unsere diesbezügliche Notiz in voriger Nummer der „Eiche“ also eine irrtümliche war. G.

Düsseldorf. Ueber drei Wochen dauert nun schon der Kampf und nimmt immer größeren Umfang an, denn die Bauanschläger auf der ganzen Linie sowie sämtliche Kollegen, welche bis jetzt noch in Arbeit standen, haben sich der Bewegung begeben.

angeschlossen. In dem Generalapell der Streikenden (resp. Ausgesperrten) vom 22. Juli, in welcher verschiedene Redner die jetzige Lage der Bewegung erläuterten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute am 22. Juli tagende Generalversammlung der Ausgesperrten (resp. Streikenden) erkennt nach Lage der Sache, daß der Kampf noch Wochen lang dauern wird. Um denselben noch wirksamer zu gestalten und das Exempel, welches die hiesigen Arbeitgeber an uns statuieren möchten, zu parieren, erklärt die Versammlung für Pflicht eines jeden ledigen Kollegen, welcher keine Angehörigen zu unterstützen hat, unverzüglich abzureisen habe damit der Sieg auf der ganzen Linie uns gehört und die Organisationen gestärkt aus dem Kampf hervorgehen.

Die Zahl der in dem Kampf befindlichen ist bis heute den 22. Juli auf 1123 angewachsen ohne die Abgereisten. Auch wird noch ein großer Theil laut obiger Resolution den Staub Düsseldorf in kürzester Zeit von den Füßen schütteln. Die Unternehmer haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie auf diese Art und Weise ihre besten Kräfte verlieren. Der Kampf steht ziemlich günstig für die Arbeiter, denn es arbeiten bis jetzt 301 Kollegen bei 37 Unternehmern zu den neuen Bedingungen der Organisation der Holzarbeiter. Auch ist es vom Vortheil, daß sich nicht allzuviel auswärtige Arbeitswillige einfinden trotz der marktschreienden Annoncen in auswärtigen Zeitungen, worin Holzarbeiter nach hier von den Unternehmern gesucht werden, gegen hohen Lohn, Rückvergütung der Reisekosten u. s. w. Darum ersuchen wir sämtliche Kollegen, sofern solche Annoncen in den Zeitungen erscheinen, sofort Gegenannoncen aufzugeben und uns in allen Fällen Mittheilung zu machen, wie überhaupt sämtliches auf die hiesige Bewegung bezügliche Material uns einzusenden. Ferner ersuchen wir nochmals den Zuzug mit allen Mitteln fern zu halten. Wenn jeder Kollege seine Schuldigkeit in vollem Maße ausrichtet, wird es uns nicht schwer fallen, den gegen uns geführten Schlag zu parieren und unsere minimalen Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Halle. Nach einem Bericht in letzter Nummer der Holzarbeiterzeitung sind im Betriebe der „Verelntigten Tischlermeister“ 27 dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angehörige Mitglieder in den Ausstand getreten, während die dort beschäftigten Gewerksvereiner auf Zureden ihres Vorstandsmitgliedes Schumacher den Streikbruch beschlossen haben. Um falschen Auffassungen von vornherein entgegenzutreten, ist es nothwendig, den wahren Sachverhalt noch einmal klarzulegen. Schon in Nummer 28 der „Eiche“ gaben wir durch einen Versammlungsbericht bekannt, daß der Ortsverein Halle seine Stellung zur Lohnbewegung durch Annahme folgender Resolution begründete:

1. Die Mitglieder des Gewerksvereins haben keine Veranlassung sich den Anordnungen der hiesigen Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiterverbandes zu fügen, da der Gewerksverein eine selbständige Organisation ist. Die Mitglieder sind verpflichtet, genau nach dem Statut des Gewerksvereins sowie den Beschlüssen der Ortsvereinsversammlung zu handeln und den Anordnungen des Vorstandes nachzukommen.

2. Da der Ortsverein unter den am 27. August 1904 abgeschlossenen Vertrag nicht als Vertragstheilnehmer mit unterzeichnet ist, ferner in dem im Vertrage bezeichneten Einigungsamt keine Vertretung hat, lehnt derselbe jede Konsequenz, welche aus diesem Vertrage entsteht, ab.

Diese Resolution wurde nach ausgedehnter Debatte einstimmig angenommen. Also nicht auf Zureden des Vorstandsmitgliedes Schumacher, sondern auf Grund des Versammlungsbeschlusses vom 7. Juli haben die Kollegen so gehandelt, wie sie als selbständige Männer handeln mußten. Ein Versammlungsbeschluss muß respektiert werden, und weder einzelne Mitglieder noch die Kollegen einer Werkstatt haben das Recht dem Beschluss entgegenzuhandeln. Der Grund dieser Stellungnahme liegt darin, daß schon bei der letzten Lohnbewegung im vorigen Jahre der Ortsverein erst in letzter Stunde von der Einleitung einer solchen benachrichtigt wurde. Trotz dieser Zurücksetzung machten die Gewerksvereiner mit. Nachdem dann unter Mitwirkung der Gewerksvereiner ein Vertrag abgeschlossen war, wurden die Gewerksvereiner wieder bei Seite geschoben. Der Vertrag wurde gedruckt und enthielt nur die Unterschrift des Arbeitgeber-Schutzverbandes und des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Auch erhielten die Gewerksvereine keine Vertretung in der Schlichtungskommission. Man brauchte dieselben also nicht mehr. Jetzt, wo die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes allein außer Stande ist für die Durchführung des Vertrages, sollen die Gewerksvereine wieder den Anordnungen der Ortsverwaltung des Verbandes blindlings folgen. Also genau derselbe Standpunkt wie im vorigen Jahr: Entweder die Gewerksvereiner machen mit, und dann haben wir nicht nöthig denselben vorher etwas zu sagen, oder aber sie werden Streikbrecher, und dann werden wir das auch schon ausnutzen. Unsere Kollegen sind nun endlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß es ihrer unwürdig ist, dem Verband nur als Hammelherde zu folgen, sondern verlangen als Gleichberechtigte Anerkennung von denselben. Unsere Kollegen müßten doch keine Spur von Selbständigkeit in sich fühlen, wenn sich dieselben noch fernerhin dieser Kulisienarbeit fügen würden. Es kann jetzt nur noch heißen: Entweder die Gewerksvereiner werden anerkannt und demgemäß auch von allen Vorbereitungen in Kenntniß gesetzt, oder aber unser Ortsverein wird nicht anerkannt, nun, dann muß die Zahlstelle des Verbandes allein stark genug sein ihre Bewegung durchzuführen. Daß bei einem derartigen Verhältnis nur die Arbeitgeber den Vortheil haben, ist klar, aus agitatorischen Gründen wird aber vom Holzarbeiterverband das Interesse der

Arbeiter mit Füßen getreten. Auch in Nummer 165 des sozialdemokratischen Volksblatt in Halle wird der Ausstand besprochen und sogar behauptet, Schumacher-Berlin hatte am Montag den 17. Morgens die Mitglieder des Gewerksvereins erneut aufgefordert, die Arbeit nicht niederzulegen. Zu dieser Zeit war aber Schumacher überhaupt nicht in Halle. Daß wir auf die übrigen Anzuspaltungen des Volksblatts eingehen werden, glaubt dieses wohl selbst nicht, da den Schreibern desselben wohl bekannt sein dürfte, daß das Volksblatt in weitesten Kreisen der Bevölkerung von Halle nicht ernst genommen und nur als Ersatz für die lustigen Blätter betrachtet wird. X.

Thorn. Auch hier ist es dem einmüthigen Vorgehen der Kollegen möglich geworden mit den Arbeitgebern einen Tarifvertrag auf die Dauer eines Jahres abzuschließen und zwar entsprechend der von den Gesellen gestellten Forderungen, welche den Lesern der Eiche ja schon bekannt sind. Auf das den Meistern zugleich mit den Forderungen unterbreitete Ersuchen sich zu denselben zu äußern erhielten wir in der von uns gestellten Frist von 14 Tagen überhaupt keine Antwort und bedurfte es erst der Kündigung um die Herren Innungsmeister zu veranlassen eine Verhandlung mit den Gesellen nachzusuchen. Diese am 4. Juli stattgehabte, zwei Stunden währende Verhandlungen verliefen resultatlos, weil sich die Herren zu einem Minimallohn überhaupt nicht verstehen und eine Lohnzulage event. nur nach Belieben vornehmen wollten. Inzwischen hatte aber die Firma Southermann & Walter sowie 5 andere Werkstätten, darunter auch 3 von Innungsmeistern betriebene, die Forderungen unterschriftlich anerkannt. Auch der nochmals unsererseits unternommene Versuch auf gütliche Verständigung zerbrach sich und der Obermeister erklärte, wenn die Vorschläge der Arbeitgeber, 30 Pfennig Stundenlohn unter Entlassung aller der Kollegen, welche denselben nicht verdienen, nicht angenommen werden, so möge man nur ruhig streiken, die Meister würden es schon aushalten. Was das Letztere anbelangt, so konnten wir nur mit der gleichen Versicherung dienen. Da von den Gesellen also alle Mittel der Verständigung versucht, dieses an dem Starrsinn der Meister aber gescheitert war, so blieb nichts übrig als nach abgelaufener Kündigung in den Ausstand zu treten. Letzterer war einmüthig, denn am 10. Juli verließen sämtliche Kollegen, mit Ausnahme von fünf unorganisirten die Betriebe. Daß unsere Streikposten, welche in der ruhigsten und durch Gesetz nicht verbotenen Weise ihre Pflicht erfüllten, durch die Drangsalirungen der unteren Polizeibeamten zu leiden hatten, sei nur nebenbei erwähnt. Erfreulicher war es, daß schon am 13. Juli einer der verbissensten Arbeitgeber dem Kollegen Schöne vom Holzarb.-Verb. zu verstehen gab die Gesellen mögen sich doch nochmals an den Obermeister wenden. Dies geschah und in der Verhandlung am folgenden Freitag waren die Herren Arbeitgeber schon ein ganz theil zugänglich. Auch die schlimmsten Schafmacher mußten wohl eingesehen haben, daß es immerhin vortheilhafter sei mit den Arbeitern, unter Gewährung der geringfügigen Zugeständnisse eine Vereinbarung zu treffen, als es auf einen längeren Kampf ankommen zu lassen. Nach zweieinhalbständiger Verhandlung, an welcher auch Kollege Stössel-Dromberg als Vertreter des Holzarb.-Verb. theilnahm, hatten wir sämtliche Forderungen bewilligt erhalten. Nur drei Kollegen, welche thatsächlich keine 30 Pfg. pro Stunde verdienen sollen, sind die Arbeitgeber nicht mehr verpflichtet wieder einzustellen. Da der Verband, dem diese Kollegen angehören auf deren Einstellung verzichteten, so war dieser Punkt kein Hinderungsgrund für uns dem Vertrag zuzustimmen. Da der Obermeister der Innung sich wohl nicht recht getraute Namens derselben die Unterschrift zu dem Vertrage zu geben, so mußte diese von jedem Meister besonders eingeholt werden und konnte die Arbeit am Montag, den 13. Juli in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Ohne große Opfer haben die Tischler Thorns also einen vollen Erfolg erzielt, welches nur der Einigkeit der Organisationen und der ruhigen und rein sachlichen Vertretung der Sache der Kollegen und deren Verhalten zu danken ist. Bedauerlich ist nur, daß noch bei Gelegenheit der letzten Verhandlung seitens des Kollegen Stössel versucht wurde Verhöhnung unter den Organisirten zu treiben und zu gleicher Zeit die von ihm vertretene Richtung bei den Arbeitgebern in ein günstiges Licht zu rücken. Wie es nicht anders sein kann, sind den Arbeitgebern unsererseits derbe Wahrheiten gesagt worden und auch diese haben nicht gezögert über die Firmen, welche von vonheretudie gestellten Forderungen bewilligten, in äußerst abfälliger Weise zu urtheilen. Als nun der Inhaber einer dieser Firmen aufgefordert wurde, keine von den Streikenden einzustellen, wenn dies aber nicht geschehen wäre, die Arbeit nur durch Ueberstunden bewilligt werden konnte, so hielten wir es für unsere Pflicht, den Herrn über die Meinung seiner Kollegen nicht im Unklaren zu lassen. Als diese Angelegenheit in der letzten Verhandlung zur Sprache kam, da versicherte der Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes: „Ich erkläre hiermit, daß wir (d. h. die Verbändler) nichts mit der Sache zu schaffen haben, es ist nicht Recht, daß Hinz so etwas gemacht hat. Wir kritisiren wohl die Arbeitgeber in den Versammlungen, aber aus den Stimmungen wird nichts herausgetragen.“ Wir sind bisher immer der Meinung gewesen, daß man auch in den Versammlungen nicht mehr sagen soll als man verantworten kann, und wenn es sich darum handelt, das Interesse der Kollegen wahrzunehmen, dann werden wir niemals mit der Wahrheit hinterm Berge halten. Ob Kollege Stössel mit seinem durchsichtigen Verhalten den Zweck erreichen wird, bezweifeln wir, denn auch seine Kollegen in der Kommission

labellen ein derartiges Benehmen. Solche Vorkommnisse sind nicht geeignet die Einigkeit zu fördern, und gerade diese ist für die Tischler Thorns notwendig, um das Errungene zu wahren und den Tarifvertrag hochzuhalten. Darum Kollegen werbet neue Mitglieder und stärkt die Reihen der Organisation. W. H.

Aus den Ortsvereinen

Augsburg. In der am letzten Sonnabend stattgefundenen Mitgliederversammlung, die in Abwesenheit des Vorsitzenden Bleicher, der in seiner Eigenschaft als Beamter des süddeutschen Ausbreitungsverbandes in München weilte, vom Sektionsführer Gerhäuser geleitet wurde, waren erfreulicher Weise wieder Neuaufnahmen zu verzeichnen. Ein Geschäftsordnungsantrag, die Einzahlung um 1/8 Uhr zu beginnen und längstens um 8 Uhr in die Beratungen einzutreten, wurde lebhaft begrüßt und angenommen. Mögen die Kollegen nun auch nach dem Beschluß handeln. Nach Verlesung des Protokolls kam die Festsetzung eines fixen Beitrages zur Sprache, was eine sehr lebhafte, aber zufriedenstellende Debatte hervorrief. Dieselbe hier wiederzugeben, halten wir in Anbetracht der Raumverhältnisse unseres Organs nicht für angebracht, wir betonen nur, daß die ganze Debatte klar zu erkennen gab, daß in Anbetracht der heutigen Kämpfe und im Interesse der Organisation, um stets gleichen Schritt zu halten mit den anderen Organisationen, ein dementsprechender Beitrag nötig ist und die Fünferlwirtschaft endlich ihr Ende finden muß. Die Erfahrung hat es längst gelehrt, daß die gesunden Ideen aus den Reihen der Mitglieder kommen müssen, um eine gewisse Schlafmüdigkeit bei einem Theil, auch norddeutscher Kollegen, sowie bei der Hauptleitung selbst in wirklich zielbewusste, begeisterte Arbeit umzuwandeln. Den Augsburger Kollegen hat der letzte Streit wiederholt gelehrt, daß neben einer guten Hauptkassse, die wir ja jederzeit noch gehabt haben, auch eine gut fundierte Lokalkasse vorhanden sein muß, um jederzeit machtvoll und gewappnet der Unternehmerwillkür trotzen zu können. Der Antrag der Verwaltung, einen Wochenbeitrag von 40 Pf. festzusetzen, wurde durch einen Antrag mehrerer Mitglieder noch weitgehender präzisiert, indem festgelegt ist, einen Beitrag von 40 Pf. zu erheben, eine Minderung nur nach aufwärts und auf Antrag der Verwaltung oder der Mitglieder stattfinden darf. Der Antrag wurde in geheimer Abstimmung von der zahlreich besuchten Versammlung mit allen gegen nur vier Stimmen angenommen. — Eine Sammlung für die Düsseldorf Kollegen ergab, nachdem unsere Lokalkasse selbst erst gestärkt werden muß, die Summe von 5,42 Mk. — Der Verbandsvertreter Seeger berichtet über die letzte Sitzung und ersucht, ihn zu entlasten und einen anderen Vertreter zu bestimmen. — Durch die fortwährende Abwesenheit des Kollegen Bleicher ist ein Stellvertreter nötig, wozu Kollege Dürr bestimmt wird, der jedoch nur geschäftsführende, nicht zeichnende Person ist. — Nun ergriff Kollege Dürr, der bekanntlich auch Delegierter zur Düsseldorf Generalversammlung war, das Wort zu dem in der letzten Zeit vielfach in der „Eiche“ zur Sprache gekommenen Punkt, ob Erhöhung oder Einberufung eines außerordentlichen Delegiertentages stattfinden soll, wofür letzteres bekanntlich die Düsseldorf Kollegen mit Kollegen Kreil an der Spitze, sowie verschiedene Zahlstellen in Rheinland-Westfalen beantragt haben. Aus den verschiedenen Korrespondenzen, so führt Redner an, geht hervor, daß die rheinisch-westfälischen Kollegen auf dem richtigen Standpunkt stehen, eigene Beamte zu erhalten, um vorwärts zu kommen, und nicht rückwärtliche Tendenzen einzuschlagen, wie so mancher Artikelschreiber bewiesen. Ja, man hat sich sogar soweit verstiegen, schamlos beleidigend gegen Kollegen vorzugehen, die ihre ganze bewährte Kraft nur unserer Organisation opfern. Es giebt leider so rückwärtige Personen und Zahlstellen, die in ihrer Kurzsichtigkeit es dem Kollegen Kreil nicht gönnen, daß er vielleicht Beamter wird, obwohl wir aus einem so besonnenen und umsichtigen, trotz seiner verhältnismäßig jungen Jahre überaus tüchtigen Kollegen nur Nutzen schöpfen können. Kollege Kreil ist derjenige, der nicht nach Ehrenstellen strebt, sondern den inneren Drang in sich fühlt, sein ganzes Sein und Können unserer Organisation zu opfern. Redner weist hin auf den letzten Delegiertentag, wo den strebsamen Delegierten das Verlangen nach Beamten übel angerechnet wurde. Man glaubte in der Hauptverwaltung, mit dem „Fünferl“ mehr alles zu erlebigen, was besonders den schlesischen Kollegen, die ganz besonders auf dem Standpunkt stehen, recht wenig zu bezahlen und möglichst viel zu erhalten, am liebsten war, und nur daß die südlischen Kollegen ohne ihren Willen ihren Standpunkt verlieren und für 20 Pfg. stimmten, war es möglich, diese „Oberen“ zur Zustimmung für Bezirksbeamte, wie wir sie leider erst auf dem Papier haben, zu bewegen. Es zeigt dies nur, daß der Vorwurf, auch die südlischen Delegierten hätten für nur 20 Pfg. Beitrag gestimmt, unberechtigt ist, da man um der Rückständigkeit wenigstens etwas abknöpfen zu können, nachgeben mußte. Die südlischen Zahlstellen sind durch ihre Lokalbeiträge soweit, sich bessere Existenzen geschaffen zu haben, um höhere Beiträge zahlen zu können; die Schlesier sollten endlich soweit kommen um solche zu erreichen. Und wenn der Herr Schatzmeister die falsche Kalkulation aufgestellt hat, daß die Kämpfe nachlassen werden, so haben wieder wir das Richtige erfährt. Der Schatzmeister hat in Hannover betont: „Die Beamten kommen ja doch nicht!“ Wir fragen ihn: Wer hat hier eine rück-

wärtliche Gesinnung, wenn z. B. 3 für gesunde, 6 aber für kranke Tendenzen sind, wer wird dann Leiber Sieger bleiben? Mag auch manche Zahlstelle und Verwaltung träge arbeiten, so ist es aber ebensowenig hinderlich wenn die Hauptverwaltung glaubt mit Kleinarbeit sei Alles schon geschehen, indem sie hinweist auf die Maschinenbauer, die ohne Beamte ihre große Mitgliederzahl hätten. Können doch die Gelegenheitsverhältnisse zur Agitation gar nicht in Betracht gezogen werden mit großen Maschinenfabriken in denen die Arbeiter nach Hunderten zählen. Zudem ist dieser sache Hinweis illusorisch, denn die Metallarbeiter und Maschinenbauer haben den großen Nutzen der Beamten eingesehen und deren 12 auf einmal beschafft. Es wäre z. B. für R. Bleicher eine Schmach gewesen, wenn er hätte im Kleinhandwerk weiterarbeiten müssen, was nach Allem zu schließen unserer Hauptverwaltung gleich gewesen wäre. Oder glaube dieselbe vielleicht durch Ueberweisung zeitweiser Agitationskouriers etwas bemänteln zu können? Redner weist hin auf den Bergarbeiterstreik, wo von der Leitung unserer Bergarbeiter ein alter zum Theil rückständiger Mann hingeschickt wurde, der 7000 Männlein eroberte, andere jedoch 35000. Daran kann auch unsere Hauptleitung ein Beispiel nehmen, wenn sie sich in Zukunft den Vorwurf des fortgesetzten Bremsens ersparen will. Kollegen, lassen wir uns von unserem Generalrath nicht länger das Rückwärtliche diktiren. Der Unternehmer sagt: „Wenn die Führer tot sind, sind wir fertig.“ aber auch die Nichtanerkennung von Seite der sozialdemokratischen Gewerkschaften, das Verdrängen bei gegebenen Unterhandlungen müssen wir uns, trotzdem unser „Führer“ es war, der das Banner gepflanzt und das Geleise gelegt, gefallen lassen, nicht zum mindesten durch das bedauerliche Bremsen von Oben. Redner lobt den Artikel des Kollegen Schriker-Pfersee, der in allen Theilen richtig sei; aber die norddeutschen Kollegen befürchten, man wolle Beamter werden. Für uns käme nur Kollege Bleicher in Betracht, ihn unser zu nennen müsse das unablässige Bestreben sein, denn der Ausbreitungsverband bekommt über Nacht wieder einen Anderen. Wenn die Organisationen stark sind, können sie den Parteien diktiren, wir aber werden nicht vorwärts kommen, solange wir eine Hauptleitung haben die fortwährend bremst, wogegen wir protestiren müssen. Wenn Kollege Kreil Beamter werden will, so wird er es nur für die Arbeiter sein. Der neue Beamte Schumacher in Berlin, scheint nur für Berlin und die Schlesier zu wirken, sonst haben wir ihn noch nirgends gesehen, da können die Schlesier und Berliner leicht sagen: „Wir brauchen keine Beamten.“ im Bureau hat man dann eine Hilfskraft die wir mitbezahlen müssen. Redner hat das Einverständnis der Versammlung, wenn er sagt, wir wollen einen außerordentlichen Delegiertentag, um den rückständigen Delegierten die Nase darauf zu stoßen was sie gemacht haben. Aber auch der Hauptleitung wird es lieber sein, wenn mit einer Abstimmung wieder so ein kleines „Fünferl“ drauskommt, sie ist dann aus der „Patsche.“ Sie tröstet sich damit, daß der nächste ordentliche Delegiertentag wieder neue Menschen bringt die man schon in der Vorversammlung in der richtigen Weise einweisen kann. Die Hauptleitung hat Angst, wenn jetzt die allen Delegierten kommen würden, könnte ihr Stuhl etwas wackelig werden und das „Stühle“ wie der Schwabe sagt, könnte etwas ausgekehrt werden. Mit größtem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen und stimmte denselben voll und ganz bei. Nach Erörterungen einiger Verhältnisse fand Schluß der Versammlung statt.

S. A.: A. d. M. U. L. l. e. r.

Anmerk. der Redaktion. Wenn wir auch nicht einsehen können, daß mit der Veröffentlichung von Berichten wie der Obige irgend welcher Vortheil für den Gewerbeverein herauspringt, wie wir dies auch schon öfter klargestellt haben, so haben wir auch diesmal den Bericht unverkürzt wiedergegeben, um den auf der Generalversammlung ausgesprochenen Wünschen gerecht zu werden, und weil die im Bericht wiedergegebenen Ansichten von einem Kollegen stammen, welcher der Generalversammlung zu Düsseldorf als Abgeordneter beizuhönte, man demselben also schon ein Urtheil zutrauen kann, welches verdient, niedriger gehängt zu werden. Wir können aber verschiedene der von Kollegen Dürr aufgestellte Behauptungen nicht unwidersprochen lassen, weil die Generalversammlung schon 1 1/2 Jahr hinter uns liegt und das, was auf derselben verhandelt und beschlossen wurde, bei einigen Kollegen in Vergessenheit gerathen zu sein scheint und keine Beachtung mehr findet. Vielleicht gelingt es uns, das Gedächtniß derselben ein wenig aufzufrischen. Da ist zunächst das „Fünferl“. Sehen wir uns doch einmal die Anträge, Debatten und Beschlüsse, die in Düsseldorf darüber geführt worden sind, etwas näher an. 60 Ortsvereine mit ca. 4700 Mitgliedern hatten sich an der Antragstellung theilgenommen, davon haben sich 14 Vereine mit 900 Mitgliedern gegen jede Beitragserhöhung, 39 Vereine mit 3200 Mitgliedern für einen 20 Pfennig- und nur 8 Vereine mit noch nicht 600 Mitgliedern für einen 25 Pfennig-Wochenbeitrag erklärt. Nun muß aber auch beachtet werden, daß nur drei der letzteren Vereine zu den süddeutschen zu rechnen sind, die anderen fünf vertheilen sich auf ganz Deutschland bis weit in Posen und Westpreußen hinein. Dagegen befinden sich unter den Vereinen, welche jeder Beitragserhöhung abhold waren, auch solche aus Süddeutschland. Daß Kollege Dürr es übersehen oder vergessen haben sollte, daß bei einer ganzen Reihe der auf Erhöhung lautenden Beiträge auch der Pferdesuk in Gestalt von Erhöhung der Benefizien hervorschaute, ist doch nicht gut anzunehmen, da uns noch sehr gut erinnerlich ist, mit welchem Feuereifer Kollege Dürr

für Einführung von Arbeitslosenunterstützung schon nach einjähriger Mitgliedschaft und zwar pro Tag mit einer Mark, wie der Antrag aus den Ortsvereinen Augsburg, Pfersee und Göggingen gestellt war, eingetreten ist. Dies war wohl auch der Grund, weshalb Kollege Dürr in seiner Eigenschaft als Abgeordneter der Generalversammlung als Einziger gegen die Generalratsvorlage gestimmt hat, trotzdem die Generalversammlung gegen den Willen der anwesenden Bureaubeamten eine wesentliche Erweiterung der Unterstützung vorgenommen hatte. Ebenfalls über die Vorlage des Generalrats hinaus hatten die Ortsvereine Augsburg, Pfersee und Göggingen eine Erhöhung der Streikunterstützung beantragt. Aber auch die Begeisterung für das Beitragszahlen scheint in Augsburg nicht besonders groß zu sein, denn als die dortigen Kollegen im Monat Juni in den Streik traten, ein Fall also, der nicht überraschend kam, da befanden sich unter den als ausständig gemeldeten, ganz abgesehen von den Kollegen, welche glauben, sie sind nur dann tüchtige Gewerksameiner, wenn sie die statutenmäßig zulässigen 4 Restwochen haben, allein 5 Kollegen, welche zusammen mehr als 50 Wochen restierten. Und das schon bei einem Beitrag von 20 Pfennig. Kollege Dürr hat also gar keine Veranlassung, auf die schlesischen Kollegen rumzupauken und die süddeutschen so sehr herauszustreichen. Was das „haben“ — „haben“ anbelangt, ist der Unterschied zwischen haben und drüber nicht groß. Wenn es aber zu einer außerordentlichen Generalversammlung, nicht Delegiertenversammlung, wie Kollege Dürr immer sagt, kommen sollte, und die Sünder von Düsseldorf mit den Nasen auf das gestoßen werden sollten, was sie gemacht haben, dann möchten wir Kollegen Dürr empfehlen, sich bei Zeiten ein recht dauerhaftes Nasensulteral zuzulegen, denn sonst könnte er vielleicht auch die Nase voll bekommen. Was nun die Frage der Anstellung von besoldeten Agitationsleitern anbelangt, so ist dieselbe von uns schon so oft behandelt worden, daß es sich wirklich nicht lohnt, noch einmal näher darauf einzugehen. Es kann jetzt wahrlich nicht mehr heißen, die Kollegen, welche die Anstellung von Agitationsleitern durch den Generalrat unter Uebnahme der Gesamtkosten auf die Hauptkasse fordern, können uns nicht verstehen, sondern sie wollen einfach nicht verstehen. Allen diesen Kollegen möchten wir noch einmal sagen: „Vernt rechnen.“ Ist dies geschehen, dann werden dieselben begreifen, daß der Durchführung des Projektes die geringe Mitgliederzahl und der Vermögensstand des Gewerksamvereins entgegensteht. Es ist eine Schande und läßt fast vermuthen, daß die ganze große Begeisterung für die Anstellung von besoldeten Agitationsleitern nur eine Heuchelei ist, wenn man bedenkt, daß heut, nachdem ein Jahr nach Inkrafttreten der Generalversammlungsbeschlüsse verfloßen, noch so wenig für die Durchführung der in dieser Angelegenheit bestehenden Düsseldorfer Beschlüsse gethan worden ist. Schon in Nummer 16 der „Eiche“ und auch vorher haben wir den Weg gezeigt, welcher namentlich für die süd- und westdeutschen Vereine gegeben ist, um sicher das Ziel zu erreichen. Geradezu lächerlich machen sich die Kollegen, ihre ganze Fähigkeit, Kraft und Zeit darauf zu verwenden, der schlafmüchtigen und rückständigen Hauptleitung Vorwürfe zu machen, anstatt sich zusammenzuschließen und dann an den Generalrat heranzutreten und zu sagen: „Hier sind die vorgeschriebenen 1000 Mitglieder und noch einige mehr; wir zahlen die auf uns fallende Hälfte der entstehenden Kosten, nun leiste du auch das Uebrige.“ Der Generalrat sowohl als auch jedes einzelne Mitglied in den östlichen oder nördlichsten Winkel Deutschlands, davon sind wir sicher überzeugt, würde dann den in dieser Weise arbeitenden Kollegen die Anerkennung sicherlich nicht versagen.

Zu den direkten Beschimpfungen der Hauptleitung und der Bureaubeamten, dem wackelnden Stuhl und dem ausgekehrten „Stühle“ wollen wir uns nicht weiter äußern. Wir glauben, um eine derartige Leistung zu vollbringen, braucht man weder Kollege Dürr noch Abgeordneter der Generalversammlung gewesen zu sein. Wir wissen, daß alle Anregungen, sowohl was die Agitation als auch das Unterstützungswesen betrifft, vom Bureau ausgegangen sind, wir wissen aber auch, daß sich dasselbe niemals Neuerungen, welche aus Mitgliederkreisen kamen, entgegengestellt hat, wenn es dieselben unter Berücksichtigung der maßgebenden Verhältnisse für durchführbar gefunden hat. Wir haben ein so festes Vertrauen in das gesunde Urtheil unserer Mitglieder, daß wir denselben ohne weiteres überlassen können, sich ihre Gedanken über die Leistung des Kollegen Dürr selbst zu machen.

Ämtlicher Theil.

Aus der 56. Bureausitzung vom 24. Juli 1905.

Die Wahl eines Sekretärs in Landsberg I wird im Namen des Generalrats bezw. Vorstandes bestätigt.

Uebersiedelungsbeihilfe erhält: 4736 Kenke-Danzig von Osterode für 100 Mk., Reiseunterstützung für sich, wenn solche noch nicht erhalten, 2,50 Mk., für die Frau 2 Mk., für beide Kinder 2 Mk., Beihilfe für Ueberführung der Wirkschaft 14 Mk., in Summa 20,50 Mk.

Streik- bezw. Aussperrungsunterstützung, pro Arbeitstag 2 Mk. erhalten: Düsseldorf 1972, 18218, 16027, 14258 vom 17. 7.,

10919 für den 17. 7., 8978, 13029 vom 20. 7., (18640 vom 20. 7. 1 Mt.). — Breslau 12277 vom 18. 7., 1247, 3341 vom 19. 7., 1278 vom 21. 7., (19248 vom 19. 7. 1 Mt.). — Langenbielau 3651 vom 17. 7. — Selsenkirchen 4481, 6222, 16721 vom 19. 7. — Nixdorf 10833 für den 17. und 18. 7.

Arbeitslosenunterstützung, pro Wochentag 1,50 Mt., erhalten: 13519 Heilige-Berlin (West) vom 30. 7. — 1371 Gemle-Bromberg vom 30. 7. — 11832 Heide-Eberfeld vom 23. 7. Mit Einrechnung der seit 1. 4. erhaltenen Unterstützung. — 6789 Pister-Graudenz vom 26. 7. — 13499 Durban-Hamburg vom 18. 7. — 3108 Rappel-Salberstadt vom 26. 7.

In Arbeit: 10939 Renner-Freiburg am 19. 7. — 7564 Frau, 611 Nohn, beide Berlin (Königsstadt) am 6. 7. — 5466 Ebert-Breslau II am 17. 7. — 1729 Kirsch-Dirschau am 17. 7. (hier tritt § 4g in Kraft). — 9202 Ulmer-Fürth am 15. 7. ausgereuert. — 10398 Kummer-Nürnberg II am 23. 7. — 1123 Adamzid-Stettin-Bredow am 19. 7.

Nach Streik: Augsburg 104, 17024 am 22. 5.; 17268 am 13. 7.; 17774 am 12. 7. — Berlin (Königsstadt) 16167 am 19. 7. — Berlin (Modell- und Fabrikarbeiter) 846 am 17. 7. — Düsseldorf 13029, 13521, 14583, 17364 am 17. 7.; 19333 am 12. 7.; 19341 am 12. 7. — Duisburg 8015, 15213, 16615 am 4. 7.; 1981 am 14. 7. — Graudenz 10205, 15463, 16422, 14450, 14456, 14569, 15464, 18174 am 23. 6.; 12750 am 26. 6. — Thorn 6200, 6197, 12089 am 17. 7.

H. Bahlke, Vorsitzender. **W. Ziefe,** Schatzmeister. **W. Wambach,** Generalsekretär.

Versammlungen.

Juli.

- Allenstein.** 30. Nachm. 5 Uhr, Vers. in „Fründs Nest“, Pfeiferstr. Gesch., Beitrags-, Versch.
- Altwater.** 31. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. weißen Roß“, Gesch., Beitrags.
- Berent.** 30. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Filibrandt (Herberge), Gesch., Beitrags.
- Berlin (Ester).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalberstr. 21. Gesch., Beitrags.
- Berlin VI (Pianofortearb.)** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpenickerstr. 158. Gesch., Beitrags. — Die Zeitschrift für Musikinstrumentenbau liegt aus.
- Berlin VII (Modell- u. Fabrikarbeiter).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schubert, Gerichtsstr. 71, Ede Kunststr. Gesch., Beitrags.
- Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerksamvereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch Abend 8 1/2—10 1/2 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223. Vortrag: „Der gewerbliche Arbeitsvertrag.“ Gäste stets willkommen.
- Berlin.** Sängerkor der Deutschen Gewerksamvereine (S.-D.). Jed. Donnerstag, Abend 9—11 Uhr, Uebungsstunde im „Verbandshaus“, Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen.
- Böckum.** 30. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Supert, Alleestr. 62. Gesch., Beitrags.
- Breslau (Holzarb.).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Zahlabend im „Grünen Bergel“, Kupferschmiedestr. 29.
- Breslau (Tischl.).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Zahlabend im „Grünen Bergel“, Kupferschmiedestr. 29.
- Bruchsal.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest zu den vier Jahreszeiten“, Mollenstr. 9. Gesch., Beitrags.
- Bütow.** 29. Abds. 8 Uhr Vers. b. Selte, Synagogenstr. 4. Gesch., Beitrags.
- Charlottenburg.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Freitsche, Windscheidstr. 29. Gesch., Beitrags.
- Elba a. Rh.** 30. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Köffel, Neumarkt, Ede Thieboldsgasse. Gesch., Beitrags. — 30. Vorm. 11 Uhr, Bezirksversamml. für Kall bei Seul, Hauptstr. 178.
- Elfrin.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Beitrags-, Gesch.
- Danzig.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstädt. Graben 9. Beitrags-, Versch.
- Dorimund.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Wehle, Brückstr. 16. Gesch., Beitrags., Bücherwechsel.
- Dr.-Pleschen.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest z. goldenen Weintraube“. Gesch., Beitrags.
- Duisburg.** 30. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Hasentamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. Beitrags-, Gesch.
- Eisenach.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. i. „Nest z. Adler“, Mühlhäuserstr. 20. Gesch.
- Eberfeld.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest zum Edler Wappen“, Kaiserstraße 8. Gesch., Beitrags. — Ausgabe der „Eiche“ jeden Sonntag morgen im Vereinslokal.
- Elbing.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gewerksamhaus“. Gesch., Beitrags.
- Frankfurt.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fröhlich, Richtstr. 72. Beitrags-, Versch.
- Glah.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Bimmermann's Brauerei“, Waderberg. Beitrags-, Gesch.
- Göggingen.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Nest zur Thra“. Beitrags-, Versch.
- Greifswald.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gnefow, Beitrags-, Gesch.
- Hagen.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Stratenwerth, Wehringhauserstr. 6. Beitrags-, Gesch.
- Halle.** 30. Beschäftigung des Wasserwerks Halle-Beesen.
- Hamburg.** 29. Abds. 9 Uhr, Vers. b. Ellerbrock, Hamburg, Eimsbültlerstraße 13. Gesch., Beitrags.
- Insterburg.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Walffisch“. Gesch., Beitrags.
- Karlruhe.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Wacht am Rhein“. Gesch.
- Kauterbach.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Bad. Hof“. Gesch., Beitrags.
- L.-Studenau.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Sönjch's Saalbau“, Bügenerstr. 14. Gesch., Beitrags-, Versch.
- Liegnitz.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. weißen Roß“, Kohlmarkt. Gesch., Beitrags-, Versch.
- Löbau.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest Morgenstern“. Beitrags-, Gesch.
- Magdeburg.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest z. grünen Löwen“, Georgenstr. 11. Gesch., Beitrags.
- Marientburg.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Hotel Drei Kronen“. Gesch., Beitrags-, Versch.

Osterode. 30. Nachm. 2 Uhr, Vers. im „Kaiserpaal“. Beitrags-, Versch.
Quefelinburg. 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Nest. Prinz Heinrich“, Steinweg.
 Gesch., Beitrags.
Reimscheid. 30. Abds. 6 Uhr, Vers. im Nest. Frey vom Wege, Hochstr.
 (am neuen Rathhaus). Gesch., Beitrags.
Rudolfsstadt. 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“ Beitrags-, Gesch.
Spandau. 28. Abds. 8—9 Uhr, Beitrags-, b. Sturm, Bahnhofstr. 1.
Spreetow. 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrags.
Pr.-Stargard. 30. Nachm. 2 Uhr, Vers. in d. „Zurnhalle“. Gesch., Beitrags.
Stralsund. 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. z. Wörse“, Heilgeiststr. 60.
 Gesch., Beitrags.
Striegau. 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrags.
Ueberlingen. 30. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. in der „Nest. zur Hölle“.
 Beitrags-, Gesch.
Weissenfels. 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Bierhaus“, Friedrichs-
 platz. Gesch., Beitrags-, Versch.
Werdohl. 30. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Funke in Werdohl. Gesch., Beitrags.
Wetter. 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. bei Schaberg, Königstr. 37a. Gesch., Beitrags.
Worms. 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Rheinthal“, Rheinstr. 4.
 Gesch., Beitrags.
Yerbst. 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hennemann's Bürgerhaus“.
 Beitrags-, Gesch.

August.

Aachen. 6. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Schmitz, Am Markt. Beitrags-, Gesch.
Augsburg. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee Fronhof“, am Fronhof.
 Gesch., Beitrags.
Barmen. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. zur Post“, Winklerstr. 26.
 Beitrags-, Versch.
Berlin (Königl.). 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpenickerstr. 65. Beitrags-, Gesch.
Berlin (Moabit). 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Thurmstr. 18. Gesch.,
 Beitrags-, Werkstattangelegenheiten.
Berlin (Westl.). 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Gesch., Beitrags.
Berlin (Nord). 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 148. Gesch., Beitrags.
Berlin (Vorortskommission). Jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden
 Monats im „Verbandshaus“, Greifswalderstr. 221—223.
Berlin. Theater-Verein „Eiche“. 2. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wollschläger,
 Adalbertstr. 21.
Beuthen. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Katubas Gesellschaftshaus“,
 Tarnowigerstr. 16. Gesch., Beitrags.
Biberach. 6. Nachm. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Schwan“. Gesch., Beitrags.
Bromberg. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Wichert am Fischmarkt. Gesch., Versch.
Bühl a. Rh. 6. Vorm. 10 Uhr, Bezirksversamml. für Rippes b. Bauer,
 Florast. 103. — 6. Vorm. 10 Uhr, für Ehrenfeld im „Verbandshaus“,
 Venloerstr. Beitrags-, Versch.
Cottbus. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Drei Kronen“, Berlinerplatz.
 Beitrags-, Versch.

Czerst. 5. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. b. Krucynski. Beitrags-, Versch.
Dirschau. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Gesch., Beitrags.
Forst. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Dickmann, Thumstr. 13. Beitrags-, u. A.
Gelsenkirchen. 5. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Gieskamp, Arminstr. 8. Gesch.,
 Beitrags-, Versch.
Gleiwitz. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. Fabrikstr. 1. Gesch., Beitrags-, Versch.
Görlitz. 1. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Stadt Pilsen“, Obermarkt.
 Gesch., Beitrags-, Versch.
Jauer. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Brüglers Nest“. Beitrags-, Gesch.
Kattowitz. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags.
Königsberg. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Godath, Holzstr. 11. Beitrags-, Versch.
Landsberg I. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gustavus, Luisenstr. 37. Versch.
Langenöls. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Gildenkau“. Beitrags-, Gesch.
Lassau. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Hafen“. Gesch., Beitrags.
Lauenburg. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fischer, Stolperstr. Gesch., Beitrags.
L.-Gohlis. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. zur Weintraube“. Beitrags.
Lindau. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Hotel Lindauer Hof“. Beitrags.
Mühlheim (Muh.). 6. Vorm. 11 Uhr, Vers. Aktienstr. 190. Gesch., Beitrags.
Nasewitz. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Königstr. 6. Gesch., Beitrags-, Versch.
Nasing. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. in der Brauerei Münchenerstr. Gesch.
Nabeberg. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Amtshof“. Gesch., Beitrags.
Nixdorf. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gorski, Hermannstr. 199. Beitrags-
 Gesch., Werkstattangelegenheiten.
Nybnitz. 6. Nachm. 4 Uhr, Vers. in „Frankes Restaur.“ Gesch., Beitrags.
Schmölln. 6. Nachm. 8 Uhr, Vers. im „Nest. zur Reichsbank“, Bahnhofstr.
 Beitrags-, Gesch.
Schweidnitz. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum blauen Hecht“
 Dresdenerstr. 8. Gesch. — Beitrag jeden Sonnabend daselbst.
Siegen. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Nest. zum Rappen“, Marburger-
 thor. Gesch., Beitrags.
Stettin. 5. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Rabudde, Luisenstr. 18. Beitrags-, Gesch.
Stolz. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Buggert, Synagogenstr. Gesch., Beitrags.
Ulm. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Rathskeller“. Beitrags-, Gesch.
Warmbrunn. 11. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. weißen Adler“.
 Gesch., Beitrags-, Versch.
Weissenfee. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schomburg, Langhansstr. 148. Gesch.,
 Beitrags-, Versch.
Wittenberg. 5. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Wildgrube, Juristenstr. Beitrags-

Orts- und Medizinalverbände.

Schwelm (Ortsverband). Sonnabend, den 5. August, Abds. 8 1/2 Uhr, Ver-
 sammlung im Lokal der Wwe. Höfler ei. T.D.: Gewerbeverein und
 freie Gewerkschaft.
Stettin und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, den 6. August, Nachm.
 3 Uhr, ordentliche Ortsverbandsversammlung b. Engelke, Schiffer-
 straße 9a. T.D.: Protokoll, Kassenbericht, Wahl versch. Kommissionen.

Anzeigen.

Landsberg a. W. I.

Unseren Mitgliedern zur Kennt-
 nisnahme, daß, da jetzt alle 14 Tage
 Versammlung und Beitragszahlung
 im Vereinslokal bei Gustavus,
 Luisenstr. 37 stattfindet, von jetzt
 an, abgesehen von ganz dringlichen
 Fällen, Beiträge nur in den Ver-
 sammlungen entgegen genommen
 werden. **Der Ausschuh.**

Berlin und Vororte.

**Der paritätische
Arbeitsnachweis**

befindet sich vom 14. Juni an
Gormannstr. 13.

Die kostenlose Vermittelung erfolgt
 in der Zeit von Vorm. 9—1 Uhr.

Elberfeld.

Der Arbeitsnach-
 weis des Orts-
 vereins der Tischler befindet sich b.
 Koll. Kaminski, Sternstr. 32, I.

Gustav Jarchoff's

Patent-Büro

Berlin-Schöneberg, Eisenacherstr. 44,
 erledigt alle Patent-Angelegenheiten
 billig u. gut. Auskünfte u. Prospekte
 frei. Dankschreiben u. Empfehlungen.
 Geöffnet Abends bis 9 Uhr u. Sonntags.

Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine

BERLIN N.O., Greifswalderstrasse 221/23.

**Treffpunkt aller Gewerkvereinskollegen an
 den Abenden und an jedem Sonntag. Prächtige
 Festsäle, grosse Restauration mit vorzüglicher
 Küche, schöner Sommergarten, vier Kegelbahnen.**
 Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend
 eingerichtet, zur Abhaltung von Sommernachts-
 bällen, Sommerfesten, Familien-Kaffeeochen usw.
 allen Ortsvereinen u. Mitgliedern bestens empfehlend,
 ladet zum Besuch freundlichst ein.

Carl Berndt, Oekonom.

NB.: Die Festsäle stehen auch an Sonnabenden und Sonn-
 tagen den verehrlichen Ortsvereinen zu Versammlungen und
 Vereinsfestlichkeiten zur gefl. Verfügung.

Der Herbergverkehr

der Berliner Ortsvereine befindet sich im

Verbandshause, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/223.

Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Orts-
 vereinsaffilierten Berlins. Zureisende aus Berufen, welche in
 Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im
 Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223.

**Tüchtige
Möbeltischler**

finden dauernde Beschäftigung.
 53 Pf. Mindestlohn bei 53 Arbeits-
 stunden. Respektiert wird aber nur
 auf saubere Arbeiter, welche polieren
 können. Zu melden beim Kassirer
**B. Bunke, Hamburg, Höhen-
 selbe, Freiligrath-Allee Nr. 1, I.**

Stellmacher, vertraut mit dem
 Bau landwirtschaftlicher Ma-
 schinen und Wagenbau, sowie auch
 erfahren in der Holzberechnung, sucht
Stellung als Reisender
 für die ins Fach schlagenden Artikel
 oder als **Platzmeister** in einem
 Holzgeschäft. Off. erbittet **L. Sell**
 in Buchholz b. Mühlentbeck i. Pomm.

Ortsverb. Dresden u. Umgeg.

Unser Arbeitsnachweis befindet
 sich ab 1. August cr. **Dresden-N.,
 Webergasse 28, I.** Teleph. 1118.
 Geöffnet Vorm. 10—11, Abends
 7—8, Sonntags 11—12 Uhr. —
 Daf. Ausgabe der Verpfleg.-Marken.

Langenöls. Durchreisende Gewerk-
 vereinsgenossen erhalten
 freie Verpflegung. Zu melden b. Kass.
 August Ruppert, Mittags von 12
 bis 1 Uhr, Abds. von 6 bis 8 Uhr.